

Geschäftsstelle

**Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
K-Drs. 232**

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Entwurf des Berichtsteils zu Teil B – Kapitel 3.8 (Schlussfolgerungen für Politik und Gesellschaft)

Vorlage der ad-hoc-Gruppe „Leitbild“ für die
28./29. Sitzung der Kommission am 23./24. Mai 2016

ERSTE LESUNG
BEARBEITUNGSSTAND: 20.05.2016

3.8 Schlussfolgerungen für Politik und Gesellschaft

3.8.1 Der Umgang mit der Veränderung der Zeitstrukturen

Immanuel Kant entwickelte 1770 in seiner Dissertation „Kritik der reinen Vernunft“ seine erkenntnistheoretischen Grundgedanken über die menschliche Urteilskraft¹. Für ihn ist ein ausreichendes Maß an Zeit eine Bedingung jeglicher Vernunft. Entwicklungstendenzen zu deuten, das Geschehen und seine Abläufe einzuordnen und Verantwortung zu entwickeln, das alles braucht Zeit. Ohne ausreichende Zeit sind Reflexion und Antizipation nicht möglich. Diese Forderung ist auch Bestandteil aktueller Nachhaltigkeitskonzepte.²

Von daher sind die heutigen Veränderungen in den Zeitstrukturen (insbesondere durch die Digitalisierung) eine der großen Herausforderungen in der modernen Gesellschaft. Das muss vor dem Hintergrund der weitreichenden Fernwirkungen moderner Technologien und der Beschleunigung aller Abläufe in der globalisierten und digitalisierten Welt gesehen werden. Der Sozialwissenschaftler Hartmut Rosa hat die zunächst befreiende und die Menschen befähigende Wirkung der modernen Beschleunigungsdynamik beschrieben, die heute in ihr Gegenteil umzuschlagen droht³.

Vermeintliche Zeitgewinne können zu Lasten der Natur und der Lebensbedingungen künftiger Generationen gehen, wenn sich Ungeduld, Kurzfristigkeit und die dominierende Ausrichtung auf die Gegenwart verheerend auf die Zukunft auswirken⁴. „Der Mensch ist weder ein Irrtum der Natur, noch sorgt diese automatisch und selbstverständlich für seine Erhaltung. Der Mensch ist Teilnehmer an einem großen Spiel, dessen Ausgang für ihn offen ist. Er muss seine Fähigkeiten voll entfalten, um sich zu behaupten und nicht Spielball des Zufalls zu werden“⁵. Dass dies nicht nur für die Gegenwart gilt, sondern für die Permanenz eines humanen Lebens, ist der Kern des Prinzips Verantwortung.

Deshalb findet seit einigen Jahren eine Debatte über die Diskrepanz zwischen den Natur- und Kulturrhythmen durch deren mangelnder Berücksichtigung im Großprojekt des Fortschritts statt. Es hat in seiner bisherigen Form „die durch Rhythmen gesteuerten zeitlichen Ordnungen des Lebendigen in die Defensive gedrängt. Technik und Ökonomie – und deren Dominanz – haben in unserer Industriegesellschaft den Takt ... an die Stelle der rhythmischen Gliederung des Werdens und Vergehens, das Aktivität und Ruhe, des Schlafens und Wachens, des Auf- und des Abbaus gesetzt“⁶.

Für den Sozialphilosophen Norbert Elias geht es um die soziale Tätigkeit des Zeitbestimmens. Der Umgang mit Zeit ist danach der Ausdruck einer menschlichen Syntheseleistung: „Zeit, so könnte man sagen, ist ein Symbol für eine Beziehung, die eine Menschengruppe, also eine Gruppe von Lebewesen mit der biologisch gegebenen Fähigkeit zur Erinnerung und zur Synthese, zwischen zwei oder mehreren Geschehensabläufen herstellt, von denen sie einen als Bezugsrahmen oder Maßstab für den oder die anderen standardisiert“.

Das Umschalten auf „Zeitwohlstand“ oder - wie der Sozialethiker Jürgen Rinderspacher sagt - auf „Zeitinvestitionen“ ist eine entscheidende Voraussetzung für eine intergenerative Gerechtigkeit, auch weil dadurch die Möglichkeiten einer reflexiven Modernisierung verbessert

¹ Kant, Immanuel (1781). Kritik der reinen Vernunft“. Riga

² Kopfmüller, Jürgen; Brandl, Volker; Jörissen, Juliane; Paetau, Michael; Banse, Gerhard; Coenen, Reinhard; Grunwald., Armin (2001). Nachhaltige Entwicklung integrativ betrachtet. Konstitutive Elemente, Regeln, Indikatoren. Berlin, S. 305ff.

³ Rosa, Hartmut (2005). Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstruktur in der Moderne. Frankfurt am Main

⁴ Rinderspacher, Jürgen (1996). Zeitinvestitionen in die Umwelt. In: Jürgen Rinderspacher (Hrsg.). Zeit für die Umwelt. Berlin, S. 83

⁵ Eigen, Manfred; Ruthild Winkler (1976). Ludus vitalis. Zürich, S. 14

⁶ Held, Martin; Karlheinz Geißler (1995). Editorial. In: Martin Held/Karlheinz Geißler Von Rhythmen und Eigenzeiten. Stuttgart, S. 7/8

1 werden. Das schließt an die Idee des qualitativen Wachstums oder eines „Wohlstands durch
2 Vermeiden“⁷ an. Die Studie des Wuppertal-Instituts „Zukunftsfähiges Deutschland“ fordert die
3 Begrenzung auf ein Maß, „dass die Erde als ganze verkraften kann“⁸.

4 Der Umgang mit Zeit ist ein zentraler Koordinator für das soziale Zusammenleben, für unser
5 Verhältnis zur Natur und für künftige Lebensbedingungen. Das ist die Grundidee der
6 Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit ist im Kern Zeitpolitik. Sie muss von der Politik, wo es geht,
7 auch institutionell verankert werden. „Wir leben in einer Zeit, in der wir immer kurzfristiger
8 handeln und immer schneller entscheiden. Wir leben unter dem Diktat der Kurzfristigkeit ...
9 Massiv werden Kosten aller Art unseres heutigen Wohlstands auf die Zukunft verschoben“, so
10 beschrieb der frühere UNEP-Generalsekretär Klaus Töpfer die Erkenntnis, dass die Folgen
11 menschlichen Handelns zu wenig Berücksichtigung in der Gegenwart finden⁹.

12 Der Vorwurf an die Politik lautet, so Klaus Töpfer, „dass sie eigentlich sich selbst dem Diktat
13 der Kurzfristigkeit untergeordnet hat. Es ist besorgniserregend zu verfolgen, ... dass Politiker
14 in Parlamenten sich mit der Alternativlosigkeit mit Sachzwängen abgeben müssen“.

15 Dagegen steht die Leitidee der Nachhaltigkeit. Das von ihr verfolgte Ziel, die Bedürfnisse der
16 Menschen in der Gegenwart so zu befriedigen, dass künftige Generationen das auch noch
17 angemessen können, erfordert entsprechende Institutionen, Regeln und Rechtssysteme.
18 Nachhaltigkeit erfordert starke Institutionen, die in der Lage sind, systematisch die Folgen
19 wichtiger Entscheidungen und Gesetze zu bewerten und politische Entscheidungen sowie
20 wirtschaftliche und technische Innovationskraft in eine Richtung zu lenken, die sie mit
21 ökonomischen Innovationen, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verträglichkeit
22 verbinden.

23 Die Kommission regt an, Nachhaltigkeit stärker als bisher beim Gesetzgeber zu verankern. Ein
24 zentrale Option wäre es, den parlamentarischen Beirat im Deutschen Bundestag weiter
25 aufzuwerten.

26

27

28 **3.8.2 Ganzheitlicher Fortschrittsindikator**

29

30 Die Geschichte der Kernenergie war mit dem Wunsch nach einer unerschöpflichen
31 Energiequelle verbunden, die als Grundlage für ein unbegrenztes Wirtschaftswachstum
32 gesehen wurde. In der Gegenwart ist das quantitative Wachstum, gemessen durch das
33 Bruttoinlandsprodukt (BIP), als Maß für Fortschritt in die Kritik geraten. Zum einen führt
34 quantitatives Wachstum nicht unbedingt zu einem Mehr an Zufriedenheit. Zum anderen geht
35 Wachstum trotz vielfältiger Effizienzsteigerung vielfach auf Kosten der Umwelt und damit der
36 Nachhaltigkeit¹⁰.

37 Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität
38 hat einen Vorschlag gemacht, „wie die Einflussfaktoren von Lebensqualität und
39 gesellschaftlichem Fortschritt angemessen berücksichtigt und zu einem gemeinsamen Indikator
40 zusammengeführt werden können“¹¹, um „eine geeignete Grundlage zur Bewertung politischer
41 Entscheidungen anhand ökonomischer, ökologischer und sozialer Kriterien zu schaffen“.

⁷ z. B. Erhard Eppler (1975). Ende oder Wende. Stuttgart oder Michael Müller/Peter Henricke (1994). Wohlstand durch Vermeiden. Darmstadt

⁸ BUND/Misereor (Hrsg.) (1996). Zukunftsfähiges Deutschland. Basel, S. 206 ff

⁹ Töpfer, Klaus (2013). Interview in: Lutz Engelke/Günther Bachmann (Hrsg.). future lab germany. Hamburg

¹⁰ Jackson, Tim (2009). Prosperity without Growth. Report für SCD. New York

¹¹ Deutscher Bundestag (2011). Schlussbericht der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität. Berlin, S.

1 Die Kommission sieht einen Zusammenhang zwischen dem Ausstieg aus der Kernenergie und
 2 der Debatte über neue Fortschritts- und Wohlstandsmodelle. Die Enquete-Kommission des
 3 Deutschen Bundestages „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ hat einen Wohlfahrts-
 4 Indikatorenansatz vorgeschlagen, der wichtige ökonomische, soziale und ökologische Fragen
 5 aufzeigt, miteinander verbindet und den Bürgerinnen und Bürgern öffentlich macht. Damit
 6 können längerfristige Trends von Verbesserungen oder Verschlechterungen deutlich gemacht
 7 werden. Das hätte zur Konsequenz, dass

- 8 • Wohlstand längerfristig definiert wird;
- 9 • Zusammenhänge deutlich werden und bewertet und beachtet werden können/müssen;
- 10 • Entscheidungen nicht unter einem kurzfristigen Druck getroffen werden.

13 3.8.3 Mehr Beteiligung und Demokratie

15 Die Kommission ist sich bewusst, dass auch die bestmögliche Lagerung radioaktiver Abfälle
 16 auf jeden Fall mit Konflikten und Auseinandersetzungen verbunden ist. Sie plädiert für eine
 17 nationale Entsorgungspflicht, so dass es zu einer Lagerung der in Deutschland verursachten
 18 radioaktiven Abfälle in unserem Land kommen muss. Bei anderen Großprojekten gab es in den
 19 letzten Jahren ebenfalls erhebliche Akzeptanzprobleme. Von daher empfiehlt die Kommission
 20 dem Gesetzgeber, die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu stärken und ihre Rechte
 21 eindeutig zu regeln.

22 Eine möglichst hohe Akzeptanz der Standortentscheidung setzt voraus, dass

- 23 • die Kriterien wissenschaftlich fundiert sind;
- 24 • es bei der Standortauswahl ein transparentes Auswahlverfahren gibt;
- 25 • Politik und Gesellschaft Zukunftsverantwortung wahrnehmen;
- 26 • aus der Geschichte der Kernenergie gelernt wird;
- 27 • die Bürgerinnen und Bürger mehr Beteiligungsrechte bekommen.

30 3.8.4 Beratung über die Folgen von Technik

32 Der Deutsche Bundestag beschäftigt sich mit den Herausforderungen technischer
 33 Entwicklungen. Von großer Bedeutung ist das Büro für Technikfolgenabschätzung des
 34 Deutschen Bundestages. Seine Aufgabe ist es, die Politik bei neuen wissenschaftlich-
 35 technischen Entwicklungen vorausschauend zu beraten und Handlungsoptionen zur Nutzung
 36 der Chancen und zur Vermeidung oder Abmilderung von Risiken aufzuzeigen. Das TAB hat
 37 bisher mehr als 160 Untersuchungen durchgeführt.

38 Unmittelbarer Auftragsgeber des TAB ist der Ausschuss für Bildung, Forschung und
 39 Technikfolgenabschätzung, der für das Arbeitsprogramm des TAB zuständig ist. Der
 40 Ausschuss entscheidet auch über die Anforderungen anderer Fachausschüsse zur Durchführung
 41 von TA-Analysen sowie für die Kommunikation mit den Gremien und Mitgliedern des
 42 Deutschen Bundestages. Ähnliche Einrichtungen parlamentarischer Technikfolgenabschätzung
 43 gibt es in den vielen europäischen Staaten, zunehmend auch im internationalen Bereich.
 44 Allerdings findet die Arbeit des TAB und vergleichbarer Einrichtungen angesichts der

- 1 Bedeutung der „Wissenschaftsgesellschaft“ bisher zu wenig Beachtung in Politik und
- 2 Öffentlichkeit.¹²
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10
- 11
- 12
- 13

¹² Vgl. dazu auch das Kapitel B 10 dieses Berichtes.